

Christian Albrecht
Pressesprecher

Vi.S.d.P.

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>

Nr. 124/2001

Kiel, Dienstag, 3. April 2001

Versicherungssysteme/Pflegeversicherung/Verfassungsgerichtsurteil

Heiner Garg: Umlageverfahren abschaffen

Zum heutigen Bundesverfassungsgerichtsurteil zur gesetzlichen Pflegeversicherung sagte der sozialpolitische Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Die Entscheidung aus Karlsruhe macht zweierlei deutlich:

1. Angesichts der demografischen Entwicklung müssen alle Sozialversicherungssysteme auf ihre Kernaufgaben zurückgeführt werden: Auf die Absicherung sozialer Schutztatbestände wie Gesundheitsvorsorge und –versorgung, Bereitstellung von Unterhalt bei Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit sowie bei Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit.

Sämtliche darüber hinausgehenden sozialpolitisch motivierten Umverteilungsziele zu Gunsten bestimmter Gruppen führen zu massiven Verteilungsungerechtigkeiten insbesondere zwischen den Generationen. Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung muss daher sofort Schluss sein mit der Einkommensumverteilung über die Sozialversicherungssysteme. Umverteilungspolitik muss ausschließliche Aufgabe der Steuerpolitik werden.

2. Es war volkswirtschaftlich unverantwortlich, 1994 einen weiteren umlagefinanzierten Sozialversicherungszweig, die Pflegeversicherung, einzuführen. Bereits heute sitzen ihre Befürworter auf einem verteilungspolitischen Scherbenhaufen. Statt jetzt an neuen, vermeintlich familienfreundlicheren, Komponenten zu basteln, sollte ein mutiger Schnitt erfolgen: **Der flächendeckende Umstieg vom Umlageverfahren auf das Kapitaldeckungsverfahren.** Denn nur so lassen sich die Sozialen Sicherungssysteme langfristig sichern.

Andernfalls trifft man sich bald wieder in Karlsruhe, wenn die Generation der 1972 und später Geborenen dagegen klagt, dass sie ihr Leben lang rund 40% mehr zur Finanzierung des Pflegeversicherungssystems beitragen müssen, als sie jemals selbst aus diesem System erhalten werden“, so Garg abschließend.



Presseinformation